

Antrag

der Abgeordneten Volker Kröning, Uta Zapf, Gernot Erler, Robert Antretter, Dr. Eberhard Brecht, Freimut Duve, Norbert Gansel, Dieter Heistermann, Gerd Höfer, Erwin Horn, Walter Kolbow, Eckart Kuhlwein, Robert Leidinger, Dr. Elke Leonhard, Christa Lörcher, Markus Meckel, Volker Neumann (Bramsche), Gerhard Neumann (Gotha), Manfred Opel, Kurt Palis, Dieter Schloten, Brigitte Schulte (Hamel), Ilse Schumann, Dr. Peter Struck, Joachim Tappe, Margitta Terborg, Günter Verheugen, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Josef Vosen, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Verena Wohlleben, Dr. Christoph Zöpel, Peter Zumkley, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

VN-Waffenübereinkommen und Durchsetzung eines vollständigen Verbots von Anti-Personen-Minen

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt den Entwurf eines Gesetzes zum Protokoll II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung und zum Protokoll IV vom 13. Oktober 1995 zum VN-Waffenübereinkommen.
2. Dennoch bedauert der Deutsche Bundestag mit der Bundesregierung und den zahlreichen Nichtregierungsorganisationen, die den Verhandlungsprozeß über ein geändertes Minenprotokoll und ein neues Laserwaffenprotokoll begleitet haben, die Mängel, mit denen beide Protokolle behaftet sind, insbesondere, daß
 - kein umfassendes Verbot von Anti-Personen-Minen zustande gekommen ist,
 - das Laserwaffenprotokoll nicht auf nichtinternationale bewaffnete Konflikte Anwendung findet und
 - Regelungen über ein wirksames Verifikationsregime fehlen.
3. Um so größere Bedeutung haben nach Auffassung des Deutschen Bundestages
 - die politische Absichtserklärung der Zeichnerstaaten, das Waffenübereinkommen mit seinen Protokollen einer permanenten Überprüfung zu unterziehen und die nächste Konferenz nicht später als im Jahre 2000 abzuhalten,
 - die Verpflichtung der Vertragsstaaten auf eine jährliche Konferenz über die Wirkungsweise des Minenprotokolls und

- ein rasches Inkrafttreten der beiden Protokolle und die Bemühungen um eine universelle Geltung des Übereinkommens.
4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
- aktiv an dem Abschluß eines internationalen Abkommens über ein umfassendes Verbot von Anti-Personen-Minen zwischen denjenigen Staaten, die zu einem vollständigen Verzicht auf Anti-Personen-Minen entschlossen sind oder ihn erwägen, mitzuwirken und darüber nach der im Oktober 1996 in Ottawa beschlossenen, für Juni 1997 in Brüssel vorgesehenen Konferenz dem Deutschen Bundestag zu berichten.

Dieses Abkommen sollte auch vorsehen, Hilfe bei der Minenräumung nur Staaten zukommen zu lassen, die dem Abkommen beitreten;

- die Initiative zur Aufnahme von Anti-Personen-Minen in den Folgevertrag des Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa mit dem Ziel zu ergreifen, diese Waffen im Geltungsbereich dieses Vertrages zu vernichten.

Für diese Initiative sollten alle europäischen Staaten gewonnen werden, die sich bereits zu einem Verzicht auf diese Waffenart bereit erklärt und die Vernichtung der entsprechenden Bestände eingeleitet haben.

Bonn, den 19. Februar 1997

Volker Kröning

Uta Zapf

Gernot Erler

Robert Antretter

Dr. Eberhard Brecht

Freimut Duve

Norbert Gansel

Dieter Heistermann

Gerd Höfer

Erwin Horn

Walter Kolbow

Eckart Kuhlwein

Robert Leidinger

Dr. Elke Leonhard

Christa Lörcher

Markus Meckel

Volker Neumann (Bramsche)

Gerhard Neumann (Gotha)

Manfred Opel

Kurt Palis

Dieter Schlöten

Brigitte Schulte (Hameln)

Ilse Schumann

Dr. Peter Struck

Joachim Tappe

Margitta Terborg

Günter Verheugen

Karsten D. Voigt (Frankfurt)

Josef Vosen

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

Verena Wohlleben

Dr. Christoph Zöpel

Peter Zumkley

Rudolf Scharping und Fraktion